

Zeitschrift:	Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design
Herausgeber:	Hochparterre
Band:	22 (2009)
Heft:	[9]: Die werdende Stadt am Alpenrhein : wandern, forschen, planen
 Artikel:	Vom Siedlungsbrei zur Gartenstadt : Sir Ebenezer Howard liefert das Vorbild
Autor:	Spillmann, Werner / Broggi, Mario
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-123859

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VOM SIEDLUNGSBREI ZUR GARTENSTADT

Der Brite Ebenezer Howard lieferte das Vorbild. Jetzt geht es in der Alpenrheinstadt an die Umsetzung.

Text: Werner Spillmann, Mario Broggi

Die Vision einer Gartenstadt für das Alpenrheintal entwirft einen möglichen Entwicklungsprozess. Er wird sein Ziel nicht morgen, sondern in der Mitte des Jahrhunderts erreichen. Es ist eine Wunschvorstellung, aber auch ein Appell an die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft, die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung zu stellen. Die Zivilgesellschaft muss die Chance nutzen, einen Entwicklungspfad zu verlassen, der sich als nicht nachhaltig herausgestellt hat. Unser derzeitiger «ökologischer Fussabdruck» ist rund viermal zu gross und auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Kriterien nachhaltiger Entwicklung werden verletzt. Für die notwendige Umorientierung braucht es aber mehr als nur technische Innovationen. Es sind tief greifende gesellschaftliche Lernprozesse einzuleiten und eine Rückbesinnung auf Werte wie Eigenverantwortung, Solidarität zwischen und innerhalb Generationen und Fairness. Die Vorstellung einer «Gartenstadt Alpenrheintal» setzt aber voraus, dass politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen verändert werden. Das ist keine Utopie, sondern kann realisiert werden.

VOM SIEDLUNGSBREI ZUR GARTENSTADT Dynamische Wachstumsprozesse haben das Alpenrheintal seit den Sechzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts wesentlich verändert. Die Raumplanung konnte diese Entwicklung kaum gestalten, es ist ein Siedlungsbrei entstanden, der sich in die freie Landschaft hineinfrißt und die Lebensqualität zunehmend beeinträchtigt. Das Forschungsprojekt «Perspektiven Alpenrheintal» benennt diese Probleme und schlägt Lösungen vor. Der deutsche Städteforscher Thomas Sieverts brachte die Idee ein, den bisherigen Wildwuchs zu kultivieren und in eine Gartenstadt zu integrieren.

Die Gartenstadt ist ein vom Briten Ebenezer Howard (1850–1928) entworfenes Modell für Stadtentwicklung, das auf die schlechten Wohn- und Lebensverhältnisse sowie die horrenden Bodenpreise in den stark wachsenden englischen Industrie- und Großstädten reagierte. Eine «Gartenstadt», so Howard, «ist eine Stadt, die für gesundes Leben und Arbeiten geplant ist, gross genug, um ein volles gesellschaftliches Leben zu ermöglichen, umgeben von einem Gürtel offenem Land. Die Böden des gesamten Stadtgebiets befinden sich in öffentlicher Hand oder werden von der Gesellschaft für die Gemeinschaft der Einwohner verwaltet.» Diese Idee von Howard wurde vielfach probiert, so in Karlsruhe, Nürnberg, Hellerau-Dresden, Neubiberg bei München oder auf der Margarethenhöhe in Essen.

Wir entlehnen aus dieser auch sozialreformerischen Idee für das Alpenrheintal vorab die städtebaulichen Anliegen. Die Gartenstadt soll hier die vorhandenen Siedlungen besser zur offenen Landschaft situieren. Sie soll die Nutzungen von Bauland und Nichtbauland trennen und die äusseren Ränder der Ortschaften gegenüber den noch vorhandenen offenen, naturnahen Landschaften als grüne Lungen verknüpfen und abgrenzen. Es soll auch versucht werden, Zentren mit einer Konzentration von öffentlichen Gebäuden zu schaffen – ein Beispiel dafür ist der Umbau von Schaan. Solche Zentrumsbildung ist für den wirtschaftlichen Einsatz des öffentlichen Verkehrs bedeutsam, denn die Zersiedelung mit der starken Trennung von Wohnen und Arbeiten bedingt ja den zunehmenden Einsatz des privaten Motorfahrzeugverkehrs, eines der drückenden Probleme des Tals. Und hinter ihm steckt eine Eigenart des Alpenrheintals von Tamins bis zum Bodensee: Seine Ortschaften besitzen häufig noch viel unverbautes Land in ihrem Innern.

Die Bauzonen wurden in den Wirtschaftswunderjahren der Sechzigerjahre und kurz danach zu gross ausgewiesen und später kaum redimensioniert. Diese Flächen sind spekulative Bauerwartungsland, welches wohl in vielen Fällen noch für einige Zeit nicht überbaut wird. Um eine weitere Zersiedlung des Tals zu verhindern und den Flächenverbrauch zu reduzieren, sind die Aussengrenzen der Bauzonen zu halten und im Innern sind Teile der bisher nicht überbauten Grünflächen vorerst «auf Eis» zu legen, das heißt vorläufig nicht zu überbauen. Das ermöglicht, Schritt für Schritt deren städtebaulichen Einbezug in die Siedlungslandschaft zu planen und so wertvolle Innenräder mit öffentlichem Grün zwischen Zentrum, Wohnen und Arbeiten zu gestalten. Mit der Sicherung der äusseren und inneren Ränder wird es gelingen, das Erscheinungsbild einer Gartenstadt zu erreichen. Doch dazu fehlen derzeit noch die Voraussetzungen. Eine ist die grenzüberschreitende Betrachtung und Planung des Alpenrheintals als grosser und vielfältiger Lebensraum.

RHEIN-REVITALISIERUNG UND RAUMENTWICKLUNG Die Bewohnerinnen und Bewohner des Tals richten ihren Blick nach wie vor auf das Innere des eigenen Nationalstaates und stehen darum mit dem Rücken zueinander. Diese Grenzziehung inmitten des Tals erschwert den in vielen Belangen befreien Blick auf die andere Seite. Langsam setzt sich aber die Erkenntnis durch, dass die drei staatlichen Grenzen und die unterschiedlichen Rechtssysteme die Raumentwicklung und die Infrastrukturplanung erheblich behindern und dadurch Entwicklungschancen nicht genutzt werden können. Den Rhein in die Aufmerksamkeitsmitte zu nehmen, ergibt neue Perspektiven für die Talgemeinschaft.

Der heute durchwegs kanalisierte Fluss ist die Aorta des Tals. Mit ihm beschäftigen sich die Wasserbauer schon mehr als hundert Jahre und auch für den Natur- und Landschaftsschutz und die Fischerei sind der Fluss und seine Umgebung von zentraler Bedeutung. Die ersten Ideen zu seiner Revitalisierung liegen rund 25 Jahre zurück. Bei diesem Grossprojekt geht es darum, dem stark kanalisierten Fluss wieder natürliche Dynamik zu geben und gleichzeitig die Hochwassersicherheit zu gewährleisten. Das Jahrzehnte dauernde Milliardenprojekt muss als Chance genutzt werden, um die Raumentwicklung des Alpenrheintals gemeinsam zu planen. Werden Infrastrukturen, Verkehrswege, Siedlungen, Landwirtschafts- und Naturschutz- und Überschwemmungsflächen koordiniert geplant, können grosse Vorteile und Kostenersparnisse erzielt werden. Ein solcher Prozess kann nur dann erfolgreich sein, wenn er partizipativ erfolgt und die Gemeinden und die Bevölkerung miteinbezogen werden.

NACHHALTIGES BAUEN UND VERKEHR Es ist offensichtlich, dass das historisch gewachsene Recht, insbesondere aber das Bau-, Planungs- und Bodenrecht, den heutigen Anforderungen nicht mehr genügt und zu detaillierte sowie teilweise widersprüchliche Vorschriften vorliegen. Es sind darum angepasste Gesetzesgrundlagen zu schaffen, welche einen besseren Interessenausgleich zwischen privaten und öffentlichen Interessen der Raumentwicklung ermöglichen. Anstelle von detaillierten Vorschriften treten Leitplanken mit Handlungsspielraum, dank denen qualitativ hochwertigere Bauten realisiert werden können. Die Branche entwickelt Qualitätsstandards, die auch mehr Rücksicht auf die Ortsbilder und die Landschaft nehmen. Für die Immobilienbesitzer werden Anreize für die gezielte ökologische Sanierung der Bausubstanz geschaffen. Wegen der

steigenden Energie- und Rohstoffpreise wird es bald selbstverständlich sein, den Wärme- und Strombedarf zu minimieren und Umgebungswärme und Sonnenenergie bei neuen Gebäuden konsequent zu nutzen. Allmählich wird damit das Alpenrheintal zu einer Modellregion für nachhaltiges und Landschaft schonendes Bauen.

Dazu gehört auch die Optimierung des Verkehrs. Das Alpenrheintal hat zwar ein dichtes Netz öfflicher Verkehrsmittel. Es ist aber noch nicht gelungen, rund um die Bahnhöfe – ob Eisenbahn oder Bus – eine Mindestbaudichte mit attraktiven Einkaufs-, Arbeits-, Freizeit- und Ausgehmöglichkeiten zu erzeugen. Mehr Menschen würden dann diese Verkehrsmittel benützen, was die Verkehrsbelastung auf den Strassen, den Energiebedarf sowie die Emissionen von Schadstoffen und Treibhausgasen senken würde. Es entstünden lebendige, umweltverträgliche Zentren, die eine hohe Lebensqualität böten. In den städtischen und suburbanen Gebieten muss darum Verdichtung und Nutzungsdurchmischung gefördert werden. Zudem sind die bestehenden Verkehrsinfrastrukturen und die Verkehrsangebote besser zu verknüpfen und damit attraktiver zu gestalten.

NACHHALTIGE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG Weitreichende Veränderungen sind eher möglich, wenn sie aus einer Position der wirtschaftlichen Stärke herausentwickelt werden können. Darum ist es wichtig, die aktuelle wirtschaftliche Krise zu nutzen und die Weichen richtig zu stellen. Innovative Unternehmer in der Schweiz, in Vorarlberg und in Liechtenstein überlegen gemeinsam mit politischen Entscheidungsträgern und den Hochschulen, wie man die Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Lage des Alpenrheintals verbessern kann. Dabei wird man sich auf Schwerpunkte einigen. Der Finanzplatz in Liechtenstein wird sich wegen der Neuregulierung der Finanzmärkte neu positionieren. So werden die klassischen Bank- und Treuhandgeschäfte redimensioniert. Dafür werden schrittweise neue Produkte für nachhaltige Anlagen und Mikrokredite entwickelt. Die exportabhängige Industrie im Alpenrheintal wird sich nach den Einbrüchen in der Textil- und der Autoindustrie stärker auf technisch hochwertige Produkte und Branchen, wie zum Beispiel Medizinaltechnik, Energieeffizienz, Umweltschutz und nachhaltiges Bauen, ausrichten. Diese Neuausrichtung stellt eine hohe Beschäftigung in der Region sicher.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ist die Solidarität zwischen und innerhalb der Generationen. Die wirtschaftlichen Akteure müssen bereit sein, faire Regeln für wirtschaftliches Handeln zu akzeptieren. Insbesondere ist auf die kurzfristige Renditemaximierung für die Manager und die Unternehmungen zu verzichten. Dieser Prozess wird möglich, wenn erfolgreiche Unternehmer als gutes Beispiel vorangehen und wenn grosse Aktionärsgruppen, wie zum Beispiel private und staatliche Pensionskassen sowie Anlagefonds, ihre Stimmkraft bei an der Börse gehandelten Aktiengesellschaften konsequent einsetzen. Davon profitieren sowohl die Aktionäre als auch die Angestellten und die Kundschaft der Unternehmungen.

NEUE ROLLE DER STAATEN In den vergangenen Jahrzehnten ist der Einfluss der Staaten auf Wirtschaft und Gesellschaft trotz Liberalisierungs- und Deregulierungsdiskussionen laufend ausgeweitet worden. Da die Wirtschaft ihre soziale und ökologische Verantwortung wegen des ungeregelten globalen Wettbewerbs immer weniger wahrgenommen hat, waren solche Eingriffe teilweise unvermeidlich. In der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise ist dieser Trend massiv verstärkt worden. Die Politik überbietet sich gegenseitig mit Ideen für staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, welche bisher als unvorstellbar gegolten haben. Die Frage des wirtschaftlichen Nutzens und der vielen nachteiligen Folgen dieser Massnahmen wird kaum gestellt. Wichtiger scheint der Eindruck zu sein, man tue etwas gegen die Rezession.

Es wird wohl einige Zeit dauern, bis feststeht, dass dieser staatliche Aktivismus nicht wie erwünscht wirken wird. Die Wirtschaft schrumpft, die Arbeitslosigkeit steigt und die Staaten müssen sich massiv verschulden, um die riesigen Lasten tragen zu können. Die Zeche wird am Schluss von

den Steuerzahlern und vor allem von den folgenden Generationen bezahlt. Man muss kein Wahrsager sein, um zu erkennen, dass die politischen Spannungen zunehmen werden und die politischen Parteien bei sinkendem Vertrauen ihrer Wähler dringend einen Neuanfang suchen müssen.

Eine Rückbesinnung auf liberale Prinzipien und mehr Eigenverantwortung ist unvermeidlich. Das Konzept der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft ist neu zu definieren und mit den Anforderungen der globalen Wirtschaft abzustimmen. In diesem Konzept haben Staaten beziehungsweise internationale und supranationale Organisationen primär die Aufgabe, faire Regeln für die Wirtschaft und die Gesellschaft zu definieren und auch durchzusetzen. Dazu gehören zum Beispiel eine griffige Wettbewerbspolitik und eine funktionierende Finanzmarktaufsicht. Zur Aufgabe der Staaten gehört es auch, eine gute Infrastruktur, ein gutes Forschungs- und Bildungssystem zur Verfügung zu stellen und für eine nachhaltige Umwelt- und Ressourcenpolitik zu sorgen.

Diese Kursänderungen lassen sich nur durchsetzen, wenn die Bevölkerung mehr Einfluss nimmt. In der Folge müssen institutionelle Lösungen gefunden werden, welche der Bevölkerung mehr Rechte geben. In der Europäischen Union ist die föderalistische und direktdemokratische Mitbestimmung auszubauen, um den Einfluss der wirtschaftlichen Interessengruppen und der wachsenden Bürokratien unter Kontrolle zu bringen. Im Rahmen dieser Entwicklung erhalten die Regionen mehr Gestaltungsmöglichkeiten, was in vielen Regionen wichtige Impulse auslösen wird. Diese Veränderungen in der EU erleichtern es der Schweiz, die Zusammenarbeit mit der EU zu intensivieren, ihr allenfalls beizutreten und längst fällige Reformen – zum Beispiel Gebietsreformen – an die Hand zu nehmen.

Die akute Finanzkrise hat deutlich gemacht, dass die bisherige Wirtschaftsentwicklung nicht nachhaltig war. Ein Zusammenbruch des Finanzsystems konnte nur mit massiven Eingriffen vermieden werden. Die akute Finanz- und Wirtschaftskrise bietet die grosse Chance, ernsthaft über neue Modelle wirtschaftlicher und politischer Steuerung nachzudenken. Das Alpenrheintal bietet beste natürliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Voraussetzungen, um zu einer Modellregion für nachhaltige Regionalentwicklung zu werden. Werner Spillmann ist Wirtschaftswissenschaftler. Schon in seiner Dissertation vor 35 Jahren befasste er sich mit ökologisch orientiertem Wirtschaften und blieb dem Thema als Autor, Forscher, Manager und Berater treu. Mario Broggi ist Forstingenieur. Er ist tätig als Forscher, Referent, Autor und Herausgeber in Ökologie und Landschaftsentwicklung. Er war Direktor der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) und ist Hochschulrat der Hochschule Liechtenstein.